Stiftung
Familienunternehmen

Fünf Hebel für mehr Produktivität

Kurz- und langfristige Wachstumspotenziale für Deutschland

SFU KOMPAKT: Kurzstudie 3 | 2026

Key Findings

- Das Produktivitätswachstum in Deutschland stagniert: Das jahresdurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität ist von rund 2 Prozent in den 1980er und 1990er Jahren auf nur noch 0,3 Prozent in den letzten sechs Jahren gesunken. Technologisch-organisatorische Impulse liefern aktuell keinen nennenswerten Beitrag zum Produktivitätswachstum.
- Der demografische Wandel verschärft den Handlungsdruck: Um das Wohlstandsniveau zu erhalten, ist künftig ein Produktivitätswachstum von mindestens 1,6 Prozent pro Jahr erforderlich – mehr als das Fünffache des aktuellen Niveaus.
- Über fünf Handlungsfelder hinweg – Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Innovation, Bürokratieabbau und Investitionen – lassen sich konkrete und quantifizierbare Produktivitätspotenziale erschließen. Die Studie quantifiziert diese Effekte durch eine systematische Auswertung ökonometrischer Studien und internationale Benchmarks.
- Kurzfristig ist Bürokratieabbau der stärkste Hebel: Bereits ein Jahr nach einer umfassenden Bürokratiereform – orientiert am schwedischen Niveau – könnte Deutschlands Produktivität um 1,6 Prozent steigen. Dem folgen der Ausbau von Künstlicher Intelligenz (KI; 0,6 Prozent), Investitionen in physische Infrastruktur (0,4 Prozent), Innovation durch Forschung und Entwicklung (FuE; 0,23 Prozent) und Digitalisierung (0,07 Prozent).
- Langfristig dominieren Innovation und Künstliche Intelligenz: Eine Anhebung der privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf das israelische Niveau von über 6 Prozent des BIP würde langfristig ein Produktivitätsplus von 13 Prozent erzeugen. Bei konsequenter Nutzung und Diffusion von KI ergibt sich bis 2034 ein Produktivitätspotenzial von 9,3 Prozent.
- Die vollständigen Effekte wirken nicht sofort und sind nicht additiv: Zwischen den Handlungsfeldern bestehen strukturelle Überschneidungen. Zudem materialisieren sich Produktivitätsgewinne – insbesondere aus FuE- und Digitalisierungsinvestitionen – typischerweise erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren.
- Die Potenziale sind greifbar: Für einen Drei-Personen-Haushalt entspräche das langfristige Szenario einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von jährlich bis zu 21.000 Euro (Innovation) beziehungsweise 15.650 Euro (KI) – eine ambitionierte Reformagenda ermöglicht demnach einen signifikanten gesellschaftlichen Wohlstandsgewinn.

Zusätzliche jährliche Wirtschaftsleistung

bis zu 21.000 €

pro Drei-Personen-Haushalt

Bürokratieabbau

kurzfristig stärkster Hebel

Langfristig

Innovation und KI

mit stärkstem Produktivitätspotenzial

Produktivität im Zeitverlauf

Die Entwicklung des Wohlstands einer Volkswirtschaft wird entscheidend von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bestimmt. Diese hängt vom Arbeitseinsatz, dem Wissen und den Fähigkeiten der Menschen, dem Kapitalstock (Bauten, Ausrüstungen und Infrastrukturen), dem Ressourceneinsatz und dem technisch-organisatorischen Fortschritt ab. Die Akkumulation dieser Produktionsfaktoren und damit das Leistungsniveau werden letztlich von fortschrittsorientierten Institutionen einer Gesellschaft bestimmt. All dies determiniert die Produktivität, also die Wirtschaftsleistung, die jeder Erwerbstätige (im Durchschnitt) erbringen kann. Dieser Zusammenhang ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitseinkommen und damit des Großteils des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in einem Land (Grömling et al., 2021).

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich in den letzten Dekaden eine durchgängige Abflachung der Produktivitätsfortschritte gezeigt.

Während in den OECD-Ländern in den 1970er und 1980er Jahren noch ein durchschnittlicher Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen von gut 2 Prozent und in den 1990er Jahren von knapp 2 Prozent realisiert werden konnte, waren es in den 2000er Jahren 1,3 Prozent und in der letzten Dekade nur noch 0,8 Prozent. Die vielfältigen Schocks in jüngster Zeit (Pandemie und geopolitische Konfrontationen) haben die Produktivitätsfortschritte in der laufenden Dekade noch weiter reduziert.

Der langfristige „productivity slow-down" kann insofern überraschen, als es in den letzten Dekaden vielfältige technologische Impulse etwa durch die „digitale Revolution" gab (Demary et al., 2025). Offensichtlich brachten diese Innovationen jedoch keine breitenwirksamen Produktivitätseffekte. Eher zeigt sich eine nachlassende Innovationsfähigkeit. Technologische Diffusionsprobleme und abnehmende Unternehmensgründungen erschweren neue Produkte oder Produktionsprozesse. Eine mögliche Ursache für die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsabflachung ist der Strukturwandel hin zu personenintensiven Dienstleistungen und weg von kapital- und forschungsintensiven Industrien. Der demografische Wandel kann über eine zunehmende Alterung der Erwerbsbevölkerung und steigenden Fachkräftemangel die Produktivitätsdynamik schwächen. Diese Engpässe können zur Hortung von Arbeitskräften mit entsprechenden Ineffizienzen führen, sodass qualifiziertes Personal für Innovationsaktivitäten fehlt. Schließlich hängen der Kapitalstock sowie der technologische Fortschritt von Investitionen ab. Eine private und öffentliche Investitionsschwäche findet ihren Niederschlag in einer schwachen Produktivitätsdynamik.

Auch für Deutschland zeigt sich diese Entwicklung. Während in den 1980er und 1990er Jahren noch Produktivitätszuwächse von rund 2 Prozent pro Jahr möglich waren – ganz zu schweigen von den Erfolgen in den vorhergehenden Dekaden – waren sie in den 2000er und 2010er Jahren nur noch halb so groß (Abbildung 1).

Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre legte die Produktivität in Deutschland nur noch um 0,3 Prozent zu.

Die in Abbildung 1 enthaltene Wachstumszerlegung zeigt, dass derzeit überhaupt keine Impulse aus der technologisch-organisatorischen Entwicklung kommen. Im Durchschnitt des gesamten Betrachtungszeitraums hat sich das Produktivitätswachstum zur Hälfte aus dem technologischen Fortschritt ergeben. Noch in den 2010er Jahren resultierte der Produktivitätszuwachs in hohem Ausmaß aus Technologie. Dagegen ging dieser Impuls in den beiden Perioden, die von großen Krisen geprägt waren (Finanzmarktkrise in den 2000er Jahren und Pandemie-/Geopolitikkrise in den 2020er Jahren), erheblich zurück.

Produktivitätseffekte technologischer Impulse **blieben** in der Breite **aus.**

Bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Deutschland. 2020er Jahre: 2020 bis 2025. 2010er Jahre ohne 2020 und 2020er Jahre mit 2020. Die Krise im Jahr 2020 und die darauffolgende Erholung im Jahr 2021 werden (analog zu den Jahren 2009 und 2010) einem Zeitraum zugeordnet.

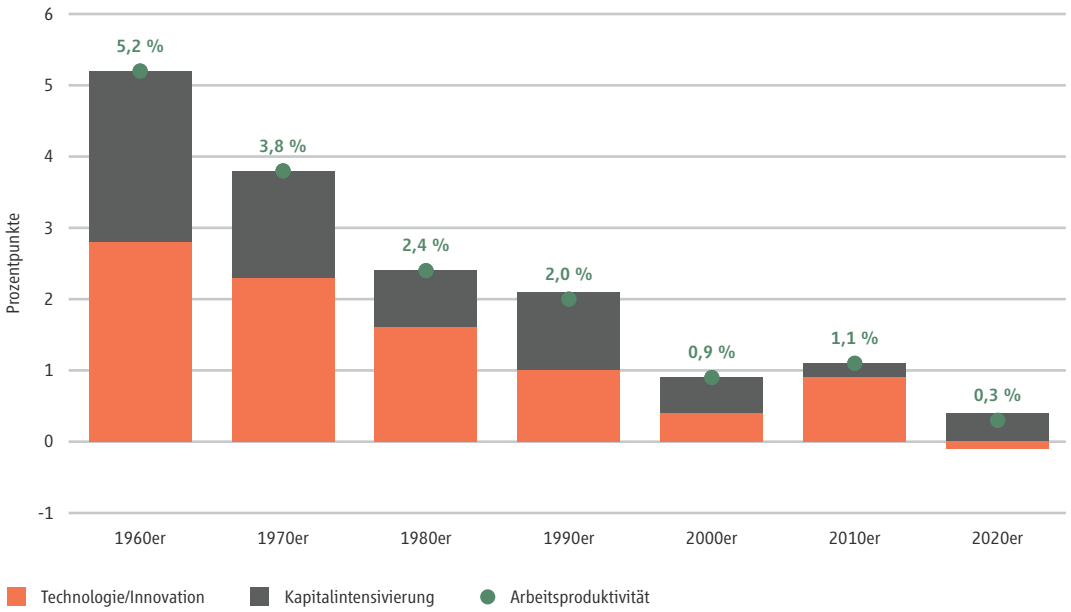


Abbildung 1:
Entwicklung und Determinanten der Arbeitsproduktivität in Deutschland

Jahresdurchschnittliche Beiträge des Wachstums der Kapitalintensität und der Totalen Faktorproduktivität (Technologie/Innovation) in Prozentpunkten zur durchschnittlichen Veränderung der Arbeitsproduktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2026b); eigene Berechnung.

Vor dem Hintergrund dieser schwachen aktuellen Produktivitätsentwicklung wurde mit dem IW-Zukunftspanel analysiert (Bardt und Grömling, 2025), wie Unternehmen in Deutschland ihre eigenen Produktivitätsperspektiven einschätzen.

Für die nächsten fünf bis zehn Jahre wird von der Hälfte der Firmen ein eher schwächeres Produktivitätswachstum erwartet.

Eine relativ zu den Erfahrungen der letzten Jahre normale Produktivitätsdynamik erwarten 36 Prozent. Nur 8 Prozent gehen von einer Verbesserung mit beschleunigter Produktivität aus. Eine Überwindung der seit Jahren bestehenden Produktivitätsschwäche in Deutschland ist demnach nicht zu erwarten.

Notwendig sind jedoch deutlich höhere Produktivitätsfortschritte in den nächsten Jahren. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung nimmt ab. Die gesamtwirtschaftliche Leistung muss also von einem kleiner werdenden Teil der Bevölkerung mit einer entsprechend höheren Produktivität erbracht werden. Wird künftig etwa das jahresdurchschnittliche Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen der letzten drei Dekaden von (nur) gut 1 Prozent angestrebt, dann erfordert die demografische Veränderung ein notwendiges Produktivitätswachstum von 1,6 Prozent pro Jahr. Das ist weit mehr als im letzten Vierteljahrhundert faktisch erreicht wurde. Bloom et al. (2020) weisen generell darauf hin, dass heutzutage in viel höherem Ausmaß in Forschung und Entwicklung investiert werden muss, um technologischen Fortschritt in seiner gesamten Breite zu erreichen.

Zum anderen erfordern die Transformationsmaßnahmen hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft technologische und innovative Lösungen sowie Produktivitätsverbesserungen, um die damit einhergehenden Kosten zu erwirtschaften und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu gewährleisten und Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.

Jährliches Produktivitätswachstum **weniger als ein Fünftel** dessen, was künftig für den Wohlstandserhalt nötig wäre.

Fünf Hebel bieten messbaren Produktivitätsfortschritt.

Produktivitätshebel

Deutschland verfügt über konkrete Stellschrauben, um sein Produktivitätswachstum zu steigern. Die folgenden Abschnitte quantifizieren diese Hebel in fünf zentralen Bereichen: Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Innovation, bürokratische Rahmenbedingungen und Investitionen.

Die zentrale Frage lautet dabei stets: Um wie viel Prozent steigt die Produktivität, wenn die jeweiligen Einflussfaktoren sich verbessern?

Das analytische Vorgehen folgt einer einheitlichen Struktur (weitere Informationen s. Methodik): Für jeden Bereich wird auf Basis einer systematischen Literaturanalyse ein geeigneter Indikator identifiziert und mithilfe aktueller ökonometrischer Studien mit Produktivitätseffekten verknüpft. Die Quantifizierung erfolgt über sogenannte Elastizitäten, die angeben, um wie viel Prozent sich die Produktivität verändert, wenn der betrachtete Hebel um ein Prozent zunimmt. Als Referenz dienen internationale Panelanalysen oder Meta-Studien und Studien mit Fokus auf die deutschen Rahmenbedingungen.

Ergänzt wird die Elastizitätsanalyse durch Szenarioberechnungen:

Orientiert an OECD-Volkswirtschaften werden für jeden Bereich anspruchsvolle Zielwerte definiert und die resultierenden Produktivitätspotenziale abgeschätzt – jeweils für einen kurzfristigen, das heißt einjährigen, und einen langfristigen Zeithorizont.

1. Digitalisierung

Digitalisierung ist ein maßgeblicher Treiber von Produktivitätsfortschritten in hoch entwickelten Volkswirtschaften. Ein zentraler Indikator zum Vergleich des Digitalisierungsfortschritts ist in der empirischen Literatur der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Kapitalstock. Dazu zählt die gesamte digitale Infrastruktur einer Volkswirtschaft: Rechenzentren, Breitbandinfrastruktur, Softwaresysteme und Datenbanken.

Dass hier ein bedeutendes Potenzial für Deutschland besteht und mobilisiert werden sollte, zeigt ein Blick auf den internationalen Vergleich der IKT-Investitionen. Abbildung 2 weist die IKT-Investitionen in Prozent des BIP für ausgewählte Länder aus. Die Schweiz erreicht mit einem IKT-Investitionsanteil von über 6 Prozent Spitzenwerte, während Deutschland mit weniger als 2 Prozent am unteren Ende des Vergleichsfeldes liegt.

Die deutsche Volkswirtschaft baut folglich einen relativ geringen IKT-Kapitalstock auf, was sich in veralteter Software, schlechterer digitaler Infrastruktur oder weniger Automatisierung in Geschäftsprozessen widerspiegelt.

Angesichts der schwachen deutschen Produktivitätsdynamik ist dieser Befund besonders wichtig: Die einschlägige empirische Literatur zeigt deutlich die Relevanz des IKT-Kapitalstocks für die Produktivität. Adarov et al. (2022) finden in einer Länder-Panelanalyse für EU-Staaten und die USA (2000-2017) eine Elastizität der Produktivität gegenüber dem IKT-Kapitalstock von 0,06. Almeida und Neves Sequeira (2024) analysieren 18 ausgewählte Länder im Zeitraum 1995-2017 und berichten je nach Spezifikation Elastizitäten zwischen 0,04 und 0,10. Cardona

et al. (2013) kommen in ihrer Meta-Studie zu dem Ergebnis, dass die meisten Analysen Elastizitäten im Bereich von 0,05 bis 0,06 ausweisen. Zusammengenommen belegen diese Studien einen positiven, quantitativ relevanten Zusammenhang zwischen IKT-Kapital und Produktivität, beruhen jedoch überwiegend auf internationalen Paneldaten.

Für die vorliegende Analyse ist insbesondere die Studie von Zimmermann et al. (2026) von Bedeutung, die auf deutschen Unternehmensdaten für den Zeitraum 2016-2021 basiert. Sie weist auf Unternehmensebene eine Elastizität von 0,016 aus. Das heißt, steigt der IKT-Kapitalstock eines Unternehmens um 10 Prozent, etwa durch die Einführung eines neuen Enterprise-Resource-Planning (ERP)-Systems oder die Migration in eine Cloud-Infrastruktur, nimmt seine Produktivität um 0,16 Prozent zu. Dieser Wert liegt unter den Größenordnungen der Länderstudien, bildet den Zusammenhang in der deutschen Unternehmenslandschaft aber direkt ab. Im Weiteren dient die Elastizität von 0,016 daher als Referenzgröße.

Auf Basis der Zeitreihe der IKT-Investitionen wurde für Deutschland ein IKT-Kapitalstock berechnet, der die Simulation verschiedener Szenarien ermöglicht. Im kurzfristigen Szenario hebt Deutschland seine IKT-Wachstumsrate auf das Schweizer Niveau (9 Prozent) an. Unter Verwendung der Elastizität ergibt sich daraus ein zusätzliches Produktivitätsplus von rund 0,07 Prozent nach einem Jahr.

Bereits eine Anpassung der Investitionsdynamik – etwa durch beschleunigte Breitbanderschließung, steuerliche Anreize für Softwareinvestitionen oder gezielte Digitalisierungsförderung im Mittelstand – könnte somit kurzfristig messbare Produktivitätsgewinne erzeugen.

Im langfristigen Szenario hebt Deutschland den IKT-Kapitalstock auf das Schweizer Niveau, was etwa

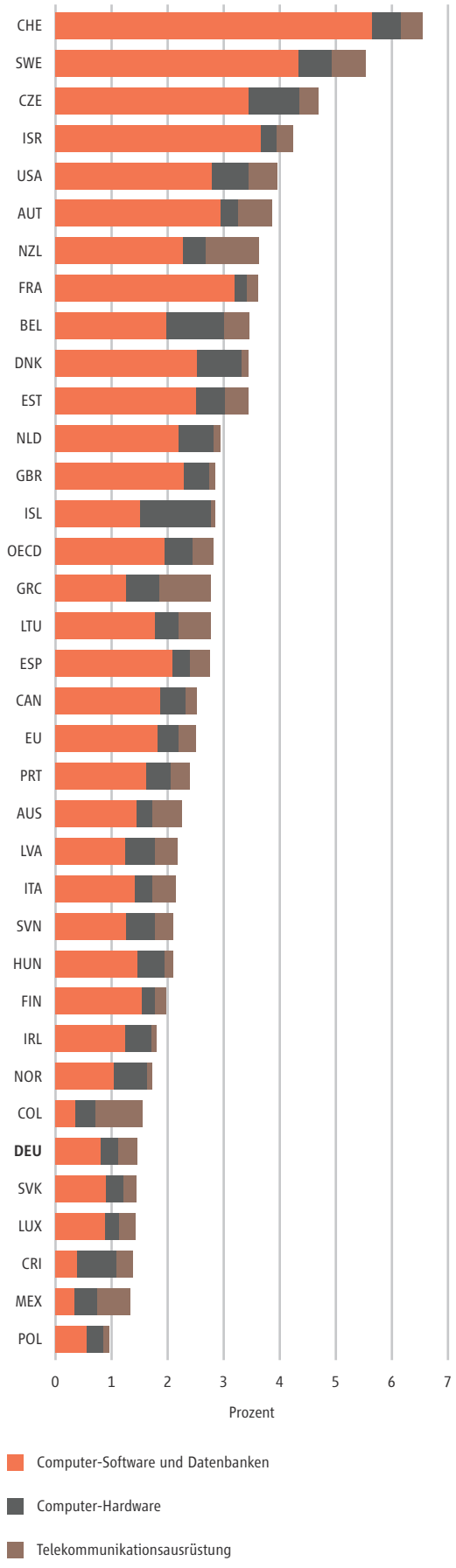


Abbildung 2:
Anteil der IKT-Investitionen 2025 am BIP in Prozent

Quelle: OECD (2026a).

Zusätzliche jährliche Haushalts-Wirtschaftsleistung von etwa

8.736 €

durch Digitalisierung möglich

18 Prozent am BIP entspricht und nach etwa 17 Jahren mit der aktuellen Schweizer Wachstumsrate des IKT-Kapitalstocks erreicht wäre. Die Produktivität würde dabei um über 5 Prozent steigen. Für einen Drei-Personen-Haushalt würde dies eine zusätzliche Wirtschaftsleistung pro Jahr von etwa 8.736 Euro bedeuten. Diese Zahl macht die makroökonomischen Größenordnungen auf der Mikroebene greifbar und zeigt die Bedeutung für den Wohlstand.

Beispiel: Österreich

Ein Beispiel für eine gezielte Fördermaßnahme, die **IKT-Investitionen in Unternehmen** direkt adressiert, ist **das österreichische KMU.DIGITAL-Programm**, eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft in Kooperation mit der Wirtschaftskammer (BMWET, 2026): Kleine und mittlere Unternehmen erhalten dabei direkte Zuschüsse für konkrete Digitalisierungsinvestitionen, wie beispielsweise die Anschaffung von Software, Datenbanksystemen und Cloud-Lösungen. Der Zuschuss beträgt 30 Prozent der förderfähigen Projektkosten bei einem Investitionsvolumen von bis zu 30.000 Euro. Dem Umsetzungszuschuss ist eine geförderte Beratungsphase vorgelagert, in der Unternehmen zunächst ihren Digitalisierungsbedarf analysieren und eine Strategie entwickeln. So wird garantiert, dass geförderte Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden und bestmöglich wirken.

2. Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz gilt weithin als der nächste große Technologiesprung mit erheblichen Produktivitätspotenzialen. Robuste Elastizitätsschätzungen, wie sie für den IKT-Kapitalstock vorliegen, sind für KI bislang aufgrund der noch jungen Technologieentwicklung nicht verfügbar. Die Forschung arbeitet daher vor allem mit Modellrechnungen und Szenarien, die auf Aufgaben-, Berufs- oder Makroebene die möglichen Produktivitätseffekte quantifizieren.

Modellrechnungen und Szenarien

als Grundlage bei KI

Am konservativen Ende steht die Analyse von Acemoglu (2024). Er untersucht auf Aufgabenebene am Beispiel der USA, welche Tätigkeiten durch KI automatisiert oder unterstützt werden können – etwa Routineanalysen in der Buchhaltung, standardisierte Kundenanfragen oder einfache Programmieraufgaben. Daraus leitet er einen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt von rund 0,7 Prozent über die nächsten zehn Jahre ab. Diese Schätzung gilt in der Literatur als konservative Untergrenze, da sie auf eher restriktiven Annahmen basiert.

Andere Arbeiten kommen zu deutlich höheren Werten. Cazzaniga et al. (2024) untersuchen am Beispiel Großbritanniens die KI-Exposition von Berufen, also den Anteil der Tätigkeiten innerhalb eines Berufs, die durch KI verändert oder ersetzt werden können, und leitet daraus einen möglichen jährlichen Produktivitätszuwachs von etwa 1,5 Prozent ab. Für Deutschland schätzen Bolwin et al. (2023) mithilfe eines aufgabenbasierten Ansatzes die KI-induzierte Produktivitätssteigerung bis 2034 auf 9,3 Prozent. Chui et al. (2023) kommen bis 2040 auf Größenordnungen von bis zu 18 Prozent. Acemoglus vorsichtige Schätzung markiert damit einen unteren Rand; die tatsächlichen Potenziale dürften bei ambitionierter Nutzung deutlich höher liegen. Für die vorliegende Untersuchung werden die auf Deutschland bezogenen Schätzungen von Demary et al. (2025) und Bolwin et al. (2023) als Referenz herangezogen.

Wichtig ist hierbei allerdings, dass die bloße Verfügbarkeit von KI-Technologie nicht ausreicht, sondern dass ihre Nutzung entscheidend ist. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland beim Anteil der KI-nutzenden Unternehmen mit rund 26 Prozent nur im Mittelfeld (s. Abbildung 3).

Länder wie Dänemark, in denen bereits etwa 42 Prozent der Unternehmen KI einsetzen, markieren, welches Niveau gegenwärtig erreichbar wäre. Der Abstand zeigt, dass auch im Bereich KI ein produktivitätsrelevanter Hebel für Deutschland besteht.

Zusätzliche jährliche Haushalts-Wirtschaftsleistung von etwa

15.650 €

durch KI möglich

Im kurzfristigen Szenario erzielt Deutschland durch einen höheren Anteil von Unternehmen, die KI zur Optimierung von Prozessen einsetzen, schon nach einem Jahr ein zusätzliches Produktivitätsplus von rund 0,6 Prozent (Demary et al., 2025). Im langfristigen Szenario summiert sich der Produktivitätseffekt bei produktiver Nutzung von KI durch mindestens die Hälfte aller Unternehmen auf insgesamt 9,3 Prozent bis 2034 (Bolwin et al., 2023). Für einen Drei-Personen-Haushalt würde dies dauerhaft ein Mehr an Wirtschaftsleistung von etwa 15.650 Euro im Jahr bedeuten.

Beispiel: Südkorea

Dass gezielte politische Maßnahmen die **KI-Adoption in Unternehmen** wirksam steigern können, zeigt das Beispiel Südkoreas. Mit dem **AI Voucher Programm**, das 2019 vom Ministerium für Wissenschaft und IKT eingeführt wurde, stellt der Staat kofinanzierte Gutscheine für KMU zur Verfügung, die explizit für die Anschaffung von KI-Lösungen vorgesehen sind (OECD, 2026b). Dabei steht nicht nur die Finanzierung im Mittelpunkt, sondern auch das Matching mit einem passenden vorab zertifizierten Anbieter, sowie Evaluations- und Monitoring-Möglichkeiten. Gefördert werden die Entwicklung und Implementierung von KI-Anwendungen, der Kauf von Trainingsdaten sowie die Nutzung von Cloud-Diensten. Der Staat übernimmt dabei bis zu 80 Prozent, aber maximal umgerechnet etwa 100.000 Euro der Gesamtprojektkosten. Die Abwicklung erfolgt vollständig über eine zentrale digitale Plattform, die Anbieter und Nachfrager zusammenführt und den administrativen Aufwand gering hält. Das Programm schafft damit einen niederschwelligen Zugang zu geeigneten Anbietern von KI-Lösungen und bietet Finanzierungsmöglichkeiten, sodass zentrale Nutzungsbarrieren wegfallen.

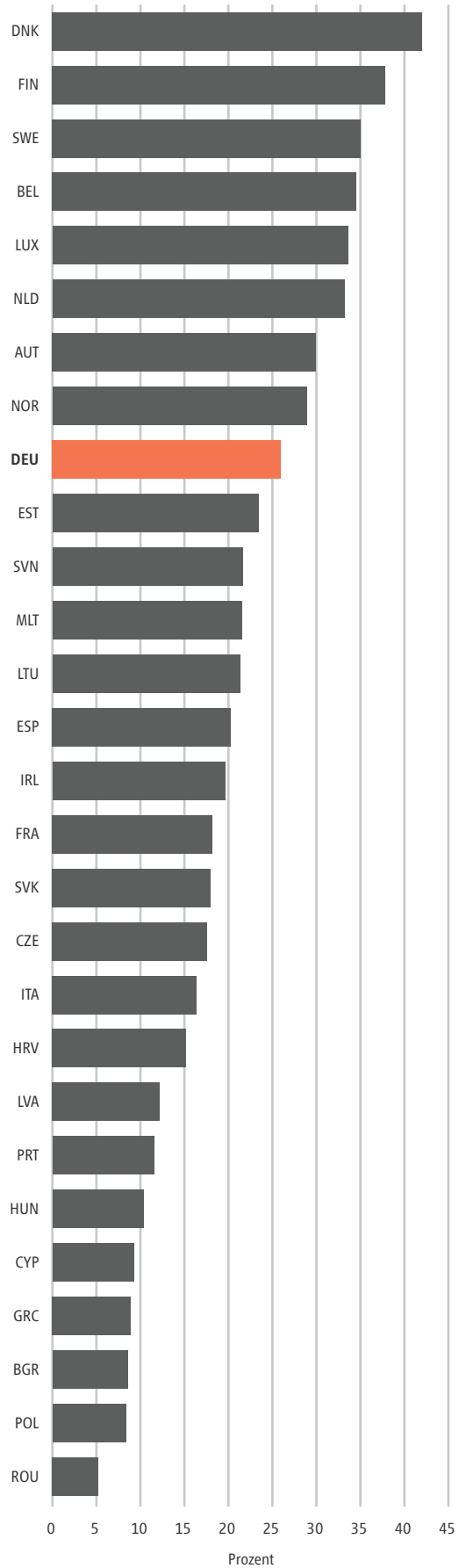


Abbildung 3:
Anteil der Unternehmen mit KI-Nutzung 2024 in Prozent

Quelle: Eurostat (2026).

3. Innovation

Innovationen, das heißt neue Produkte und Prozesse, steigern die Produktivität und sind ein zentraler Motor wirtschaftlichen Wachstums und langfristiger Wettbewerbsfähigkeit. Eine Messgröße zur Erfassung von Innovationsaktivitäten in der empirischen Wirtschaftsforschung sind die privaten FuE-Ausgaben. Sie erfassen die Investitionen der Unternehmen in die Generierung neuen Wissens – von der Grundlagenforschung über angewandte Forschung bis hin zur Entwicklung marktreifer Produkte und Prozesse.

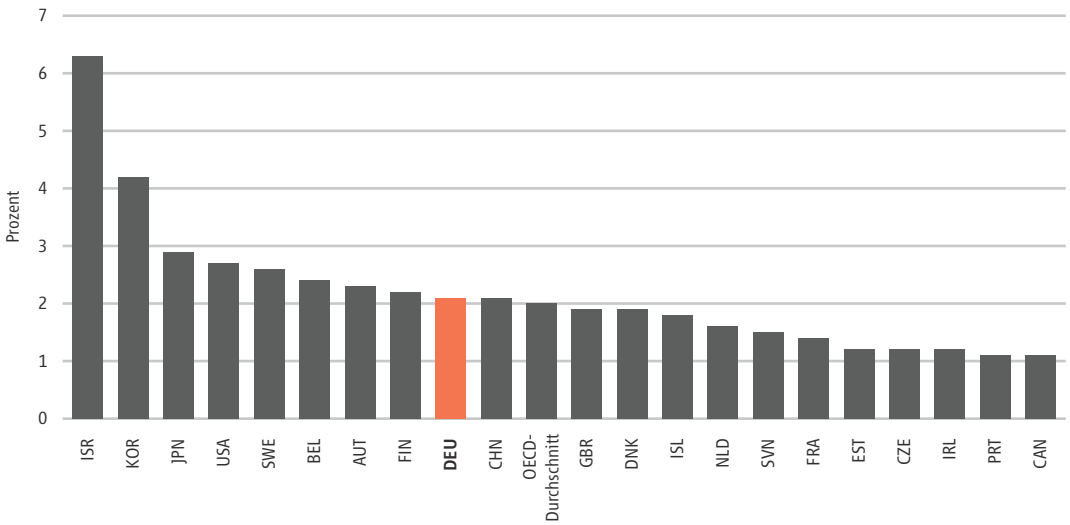
Abbildung 4 weist die privaten FuE-Ausgaben in Prozent vom BIP für ausgewählte OECD-Länder aus. Israel nimmt mit einem Anteil von über 6 Prozent eine Spitzenposition ein, gefolgt von Südkorea mit rund 4 Prozent. Deutschland liegt mit einem Anteil von etwa 2 Prozent des BIP im Mittelfeld des Vergleichsfeldes, auf Höhe mit dem OECD-Durchschnitt, aber mit erheblichem Abstand zu den innovationsintensivsten Volkswirtschaften.

Länder wie Japan, die USA, Schweden, Belgien und Österreich investieren allesamt mehr in private FuE als Deutschland. Angesichts des hohen Stellenwertes von Innovationen für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes ist dieser Befund bedeutsam.

Die einschlägige empirische Literatur belegt klar den positiven Zusammenhang zwischen FuE-Investitionen und Produktivität. Die Studien greifen dabei auf unterschiedliche Datensätze und Methoden zurück, berichten jedoch konsistent positive und signifikante Elastizitäten. Cappelen et al. (2023) analysieren norwegische Unternehmen im Zeitraum 2001-2018 und ermitteln in ihrem Schätzansatz, der Endogenität und Heterogenität der FuE-Elastizitäten berücksichtigt, eine Elastizität von 0,08. Frontier Economics (2023) kommt in einer umfassenden Meta-Studie über FuE-Effekte zu einer Elastizität von 0,10. Foreman-Peck und Zhou (2023) analysieren auf Basis von Panel-Daten aus den Community Innovation Surveys europäischer Unternehmen ebenfalls eine Elastizität von 0,10. Zusammengenommen verweisen diese Studien auf einen robusten, quantitativ relevanten Zusammenhang zwischen privaten FuE-Ausgaben und unternehmerischer Produktivität.

Für die vorliegende Analyse ist insbesondere die Studie von Peters et al. (2026) von Bedeutung, die auf Paneldaten deutscher Unternehmen für den Zeitraum 2000-2024 basiert. Sie weist eine Elastizität

Abbildung 4:
Private FuE-Ausgaben 2024 als Anteil am BIP in Prozent



Quelle: OECD (2026c).

von 0,04 über den gesamten Beobachtungszeitraum aus, während sie für den aktuelleren Zeitraum 2020-2024 eine Elastizität von 0,032 berichtet. Das heißt: Steigen die privaten FuE-Ausgaben eines Unternehmens um 10 Prozent, erhöht sich seine Produktivität um rund 0,32 Prozent. Die für die Gesamtperiode geschätzte Elastizität von 0,04 liegt im unteren Bereich der internationalen Vergleichsstudien, bildet den Zusammenhang in der deutschen Unternehmenslandschaft jedoch direkt ab und wird daher im Folgenden als Referenzgröße verwendet. Als internationales Benchmark dient Israel, das mit einem privaten FuE-Anteil von über 6 Prozent des BIP global führend ist und als Zielwert für eine ambitionierte FuE-Offensive herangezogen wird.

Im kurzfristigen Szenario hebt Deutschland seine Wachstumsrate der privaten FuE-Ausgaben auf das Niveau Irlands (5,6 Prozent Wachstum) an, das OECD-Land mit der durchschnittlich höchsten Wachstumsrate bei den FuE-Ausgaben in den letzten drei Jahren. Unter Verwendung der Elastizität von 0,04 ergibt sich daraus ein zusätzliches Produktivitätsplus von rund 0,23 Prozent.

Bereits eine niedrige Anpassung der Investitionsdynamik, etwa durch steuerliche Anreize für FuE-Ausgaben, die Stärkung des Technologietransfers oder gezielte Innovationsförderung im Mittelstand, könnte somit kurzfristig messbare Produktivitätsgewinne erzeugen.

Im langfristigen Szenario hebt Deutschland den Anteil privater FuE-Ausgaben am BIP schrittweise auf das israelische Niveau von 6,3 Prozent an. Die FuE-Ausgaben müssten sich dafür verdreifachen. Aus den resultierenden Investitionspfaden ergibt sich perspektivisch ein Produktivitätsplus von rund 13 Prozent gegenüber einem Basisszenario ohne zusätzliche FuE-Offensive. Für einen Drei-Personen-Haushalt bedeutet dies dauerhaft eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von theoretisch rund 21.000 Euro im Jahr.

Der Blick ins Ausland zeigt, wie die Innovationskraft gestärkt werden kann.

Insbesondere der Transfer von Innovation in die wirtschaftliche Anwendung scheitert in Deutschland noch zu häufig.

Beispiel: Frankreich

Ein Weg, die Investitionen in Forschung und Entwicklung schneller in Anwendungen zu überführen, sind **anwendungsorientierte Forschungskooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen**. Frankreich hat 2022 mit dem **Crédit d'Impôt Collaboration de Recherche (CICo)** einen gezielten steuerlichen Anreiz eingeführt, um Forschungskooperationen zwischen Unternehmen und öffentlichen Forschungseinrichtungen auszubauen (Direction de l'information légale et administrative, 2026). Der Mechanismus ist bewusst einfach: Bemessungsgrundlage sind fakturierte Ausgaben, die der öffentliche Forschungspartner dem Unternehmen im Rahmen eines Kooperationsvertrags in Rechnung stellt. Der Steuerkredit beträgt 40 Prozent der förderfähigen, fakturierten Kooperationsausgaben für mittlere und große Unternehmen; für KMU liegt der Satz bei 50 Prozent. Zielsetzung ist es, Kooperationen zu stärken und dadurch den Wissens- und Technologietransfer in die Anwendung zu beschleunigen.

Zusätzliche jährliche Haushalts-Wirtschaftsleistung von rund

21.000 €

durch Innovation möglich

Abbildung 5:
Bürokratie-Index 2016-2026

Quelle: Statistisches Bundesamt (2026a).

4. Bürokratie und Regulierung

Bürokratische Belastungen sind ein zentraler Hemmfaktor für die Produktivitätsentwicklung in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ein zentraler Indikator zur Entwicklung des Bürokratieaufwands ist der Bürokratie-Index des Statistischen Bundesamts (Statistisches Bundesamt, 2026a). Er bildet die bürokratische Belastung der Unternehmen ab. Dazu gehören beispielsweise das Stellen von Anträgen oder Berichtspflichten. Seit 2016 ist der Index leicht gesunken, zuletzt aufgrund der Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung allerdings wieder gestiegen (Abbildung 5). Die seit kurzem geplanten Reformen der Bundesregierung, wie das Auslaufen von Berichtspflichten, können sich bei erfolgreicher Umsetzung positiv auf das Bürokratie-Aufkommen auswirken. Sollte im Rahmen der Reformen die Ausweitung der Berichtspflichten tatsächlich zurückgenommen werden, würde das Niveau wieder auf den Stand vom August 2025 sinken.

Die einschlägige empirische Literatur zeigt deutlich die Relevanz administrativer Belastungen für die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Bourlès et al. (2013) finden in einer Industrie-Länder-Panelanalyse für 15 OECD-Staaten (1985-2007), dass wettbewerbsbeschränkende Regulierung das Multifaktorproduktivitätswachstum in Sektoren, die mit diesen regulierten Branchen zusammenarbeiten, signifikant hemmt. Nicoletti und Scarpetta (2003) schätzen mit einem Panel von 18 OECD-Ländern und 20 Industriesektoren, dass eine Reduktion des OECD-Produktmarktregulierungsindex um eine Einheit das jährliche Produktivitätswachstum um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte erhöht.

Der OECD Economic Outlook zeigt, dass ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg der regulatorischen Compliance-Kosten nach fünf Jahren zu einer Reduktion der Arbeitsproduktivität um 0,18 Prozent führt
(OECD, 2025).

Zusammengenommen belegen diese Studien einen negativen, quantitativ relevanten Zusammenhang zwischen Bürokratiebelastung und Produktivität.

Für die vorliegende Analyse ist insbesondere die Studie von Falck et al. (2024) des ifo Instituts von Bedeutung. Die Forschenden konstruieren einen internationalen Bürokratie-Index und identifizieren auf Basis dieses Datensatzes Länder, die tiefgreifende Bürokratiereformen umgesetzt haben. Anschließend

verfolgen sie deren wirtschaftliche Entwicklung über die Zeit und schätzen ökonometrisch den Effekt des Bürokratieabbaus auf das reale BIP pro Kopf. Das zentrale Ergebnis: Ein umfassender Bürokratieabbau geht mit einem Anstieg des realen BIP pro Kopf von durchschnittlich 4,6 Prozent einher. Dabei werden sowohl direkte Bürokratiekosten (Erfüllungsaufwand) als auch indirekte volkswirtschaftliche Kosten (entgangene Investitionen, gehemmte Innovation, verringerte Unternehmensdynamik) berücksichtigt. Die Gesamtkosten fallen daher mehr als doppelt so hoch aus wie die Schätzung des Nationalen Normenkontrollrats, der die direkten Bürokratiekosten auf 64 Milliarden Euro pro Jahr beziffert (Nationaler Normenkontrollrat, 2025).

Auf Basis der ökonometrischen Schätzung simulieren die Forschenden des ifo Instituts die Wirkung einer hypothetischen Bürokratiereform, die Deutschland auf das niedrige Bürokratieniveau von Schweden – dem Spitzenreiter im Bürokratie-Index – bringt. Im kurzfristigen Szenario, also ein Jahr nach einer solchen Bürokratiereform, steigt das BIP pro Kopf um 1,6 Prozent. Da die zugrunde liegende Evidenz Effekte auf das BIP pro Kopf ausweist, wird dieser Wert im Folgenden als Näherung für einen kurzfristigen Produktivitätseffekt verwendet.

Eine spürbare Entlastung bei Regulierung und Berichtspflichten kann sich rasch in höherer wirtschaftlicher Leistung je Einwohner niederschlagen und damit kurzfristig auch die Produktivitätsentwicklung stützen. Eine Bürokratie-Reform kann also schnelle Wirkung auf die Produktivitätsentwicklung haben.

Im langfristigen Szenario, in diesem Fall nach sieben Jahren, würde das BIP pro Kopf in Deutschland um rund 5,6 Prozent höher liegen als ohne Bürokratiereform. Für einen Drei-Personen-Haushalt bedeutet dies dauerhaft eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von rund 9.420 Euro im Jahr.

Beispiel: Schweden

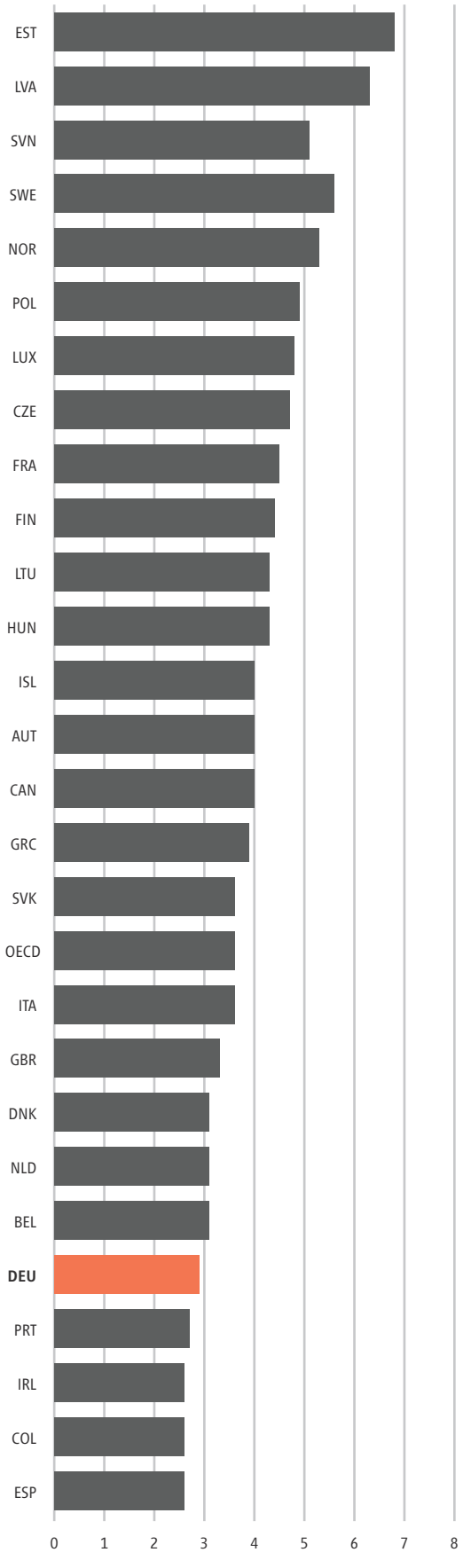
Ein Weg, den das Best Practice-Land Schweden im Bereich Bürokratie bestreitet, ist die **Vermeidung von Gold Plating von EU-Richtlinien**. Schweden hat im Mai 2024 einen Implementierungsrat eingerichtet, der die Regierung beim Vollzug von EU-Rechtsakten mit Auswirkungen auf Unternehmen unterstützt (Klimat- och näringslivsdepartementet, 2024). In Deutschland prüft der Nationale Normenkontrollrat vor allem Gesetzes- und Verordnungsentwürfe darauf, ob Bürokratiekosten und Erfüllungsaufwand transparent und nachvollziehbar dargestellt sind und Alternativen geprüft wurden. Schwedens Implementierungsrat setzt an einer anderen Stelle an: Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, indem unnötige administrative Belastungen vermieden und EU-Vorgaben nicht über das rechtlich erforderliche Mindestmaß hinaus in nationales Recht umgesetzt werden („kein Gold Plating“). Der Rat soll dazu beitragen, Regel- und Compliance-Kosten zu begrenzen. Die konkrete Mandatierung umfasst u. a. Empfehlungen an die Regierung zur Umsetzung neuer oder geänderter EU-Rechtsakte sowie die Ausrichtung an einer Minimalumsetzung als Grundprinzip.

Zusätzliche jährliche Haushalts-Wirtschaftsleistung von rund

9.420 €

durch Bürokratiereform möglich

Abbildung 6:
Anteil der öffentlichen Investitionen 2024 am BIP in Prozent



Quelle: OECD (2026d).

5. Investitionen

Öffentliche Infrastruktur ist ein zentraler Produktionsfaktor und wird in dieser Studie als Kernbestandteil des Hebels Investitionen verstanden: Entsprechende Investitionen erhöhen den Kapitalstock einer Volkswirtschaft und beeinflussen damit die Produktivität der Unternehmen, etwa über bessere Erreichbarkeit, geringere Transport- und Ausfallkosten oder verlässliche Energie- und Datennetze. Der relevante Indikator in der empirischen Literatur ist der öffentliche Kapitalstock. Dazu zählen beispielsweise Straßen und Brücken, Schienenwege, Energienetze, sowie öffentliche Gebäude wie Schulen.

Dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf für Deutschland besteht, zeigt der internationale Vergleich der öffentlichen Investitionsquoten. Abbildung 6 weist die öffentlichen Investitionen in Prozent des BIP für ausgewählte OECD-Länder aus. Diese lagen in Deutschland 2024 bei 2,9 Prozent, steigen jedoch durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, das rückwirkend zu Januar 2025 in Kraft getreten ist, bis 2030 um geschätzt 1,4 Prozentpunkte (Dany-Knedlik et al., 2025). Im OECD-Durchschnitt liegt der Anteil bei 3,5 Prozent, in Estland bei 6,8 Prozent. Deutschland liegt damit aktuell unter dem OECD-Durchschnitt und auch mit dem Sondervermögen noch weit weg von einer Spitzenposition. Besonders gravierend:

Die öffentlichen Nettoinvestitionen – also Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen – sind seit den 2000er Jahren auf kommunaler Ebene negativ.* Das bedeutet, dass der öffentliche Kapitalstock nicht einmal erhalten, sondern real aufgezehrt wurde. Das KfW-Kommunalpanel zeigt, dass die größten Defizite neben Schulgebäuden bei der Verkehrsinfrastruktur liegen.**

*Dany-Knedlik et al., 2026; **Raffer et al., 2025

Die einschlägige empirische Literatur zeigt einen robusten positiven Zusammenhang zwischen dem öffentlichen Kapitalstock und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Bom und Ligthart (2014) aggregieren in einer Meta-Analyse 578 Schätzungen aus 68 Studien und ermitteln eine durchschnittliche Output-Elastizität des öffentlichen Kapitals von 0,12. Calderón et al. (2015) schätzen mit einem dynamisch-heterogenen Panelansatz für 88 Länder Elastizitäten zwischen 0,07 und 0,10. Foster et al. (2025) kommen in der Meta-Analyse der Weltbank mit über 1.000 Schätzungen aus 221 Studien zu einer Gesamtelastizität von 0,16, wobei die sektorspezifischen Werte für Transport, Energie und Telekommunikation einzeln betrachtet zwischen 0,01 und 0,06 liegen. Gaus und Link (2020) analysieren den Einfluss von Transportinfrastruktur auf die regionale Wirtschaftsproduktion auf der Ebene deutscher Kreise. Die Studie berücksichtigt auch den Zustand der Infrastruktur und zeigt, dass sowohl die Quantität als auch der Zustand der Transportinfrastruktur signifikante positive Effekte auf die regionale Wirtschaftsleistung haben. Zusammengenommen belegen diese Studien einen positiven Zusammenhang zwischen öffentlichem Kapital und Produktivität, wobei die Schätzungen methodenabhängig variieren.

Für die nachfolgende Simulation wird die Meta-Elastizität von 0,12 von Bom und Ligthart (2014) verwendet, die auch vom Sachverständigenrat Wirtschaft in Analysen genutzt wird. Das heißt: Steigt der öffentliche Kapitalstock um 10 Prozent, etwa durch die Sanierung maroder Brücken, nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktivität um 1,2 Prozent zu. Auf Basis der Zeitreihe der öffentlichen Investitionen wurde für Deutschland ein Kapitalstock konstruiert, der die Simulation verschiedener Szenarien ermöglicht.

Im kurzfristigen Szenario hebt Deutschland den Anteil seiner öffentlichen Investitionen am BIP um rund 22 Prozent an, analog zu Rumänien, dem OECD-Land mit der höchsten dreijährigen Wachstumsrate. Unter Verwendung der Elastizität von 0,12 ergibt sich daraus ein zusätzliches Produktivitätsplus von rund 0,4 Prozent. Bereits eine Anpassung der Investitionsdynamik kann somit kurzfristig messbare Produktivitätsgewinne erzeugen.

Im langfristigen Szenario hebt Deutschland den Anteil öffentlicher Investitionen am BIP schrittweise auf das estländische Niveau an, was unter der im kurzfristigen Szenario angenommenen Wachstumsrate rund 5 Jahre dauern würde. Das zusätzliche Produktivitätsplus beträgt in diesem Fall rund 0,8 Prozent. Für einen Drei-Personen-Haushalt würde dies im langfristigen Szenario dauerhaft eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von etwa 1.430 Euro im Jahr bedeuten.

Beispiel: Schweiz

Wie öffentliche Gelder verwendet werden können, um leistungsfähige Infrastruktur zu gewährleisten und damit zur Produktivität beizutragen, zeigt beispielsweise die Schweiz. Die Schweiz setzt bei der **Straßeninfrastruktur konsequent auf Werterhalt und Verfügbarkeit**. In der Ausgabenstruktur für die Straßeninfrastruktur fließt ein großer Teil der Mittel in Unterhalt und Erneuerung der bestehenden Netze, statt primär in Neubau. Rund 70 Prozent der Mittel werden dem Erhalt zugeordnet. In Deutschland liegt der Anteil bei rund 60 Prozent, auch wenn im Bundesverkehrswegeplan 2030 69 Prozent angepeilt werden (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2016). Der Ansatz folgt der Logik, dass ein gut erhaltener Bestand Folgekosten senkt, indem Störungen reduziert und Leistungsfähigkeit gesichert werden. Dies folgt den Ergebnissen von Gaus und Link (2020) die eine höhere Wirkung von Erhalt vor Neubau beobachten. Flankiert wird diese Erhaltungsorientierung durch eine institutionalisierte und planbare Finanzierung der Nationalstraßen. Das Bundesamt für Straßen (ASTRA) beschreibt den Unterhalt explizit als Daueraufgabe, die Erneuerung und bauliche Erhaltung umfasst und auf die Sicherung von Funktionsfähigkeit und Verfügbarkeit des Netzes ausgerichtet ist. Zusätzlich schafft der Nationalstraßen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) einen Rahmen, um Betrieb, Unterhalt und Ausbau über mehrjährige Zahlungsrahmen zu steuern.

Zusätzliche jährliche Haushalts-Wirtschaftsleistung von etwa

1.430 €

durch Investitionen in physisches Kapital möglich

Zusammengefasst

Deutschland verfügt über erhebliche ungenutzte Produktivitätspotenziale und die Hebel zu ihrer Erschließung sind identifizierbar. Über fünf Handlungsfelder hinweg – Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Innovation, Bürokratie und Investitionen – lassen sich sowohl kurz- als auch langfristig substanzielle Produktivitätsgewinne realisieren, wenn Deutschland seinen Rückstand gegenüber den führenden OECD-Volkswirtschaften systematisch abbaut (s. auch Abbildung 7).

Der Blick auf die kurzfristigen Effekte zeigt, dass Bürokratieabbau mit einem Produktivitätsplus von 1,60 Prozent den unmittelbar stärksten Hebel darstellt. Insbesondere Innovation (0,23 Prozent) und Digitalisierung (0,07 Prozent) entfalten ihre volle Wirkung erst im Zeitverlauf, da Forschungsergebnisse in marktreife Innovationen überführt und neue Technologien in Unternehmensprozesse integriert werden müssen. Beide Felder erweisen sich im Langfristvergleich als die transformativsten Wachstumstreiber. Innovation erreicht langfristig ein Produktivitätspotenzial von 13 Prozent und KI von 9,3 Prozent.

Bei der Interpretation dieser Befunde sind methodische Einschränkungen zu beachten. Zum einen ist mit abnehmenden Grenzerträgen zu rechnen: Je höher das bereits erreichte Investitionsniveau, desto geringer fällt der marginale Produktivitätszuwachs zusätzlicher Ausgaben aus. Die ausgewiesenen Elastizitäten sind daher als Durchschnittswerte zu verstehen, nicht als konstante Größen. Außerdem sind die Effekte der einzelnen Handlungsfelder nicht additiv: Zwischen den betrachteten Bereichen bestehen Überschneidungen und Wechselwirkungen, sodass eine einfache Summation der Einzeleffekte zu einer Überschätzung des Gesamtpotenzials führen würde.

Gleichwohl verdeutlichen die Szenarien, welche Wachstumspfade offenstehen – wenn politische Weichenstellungen und unternehmerische Investitionen zusammenwirken. Die aktuelle Reformdebatte der Bundesregierung knüpft an zentrale Ergebnisse dieser Analyse an. Für die kurzfristige Produktivitätsentwicklung sind insbesondere die angekündigte Rückführung von Berichts- und Dokumentationspflichten und die Ausweitung von Genehmigungsfiktionen relevant. Dies greift den Aspekt des Bürokratieabbaus auf. Die Studie legt jedoch nahe, die Reformagenda konsequent um langfristige Produktivitätstreiber zu ergänzen: schnellere Diffusion digitaler Technologien und KI, höhere private FuE- und Investitionsanreize sowie eine verlässliche Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur. Die internationalen Best Practices zeigen beispielhaft, wie diese Hebel adressiert werden können und liefern mögliche Inspirationen für Maßnahmen, die auch in Deutschland die Produktivität kurz- und langfristig wieder antreiben können.

Abbildung 7:
Produktivitätshebel für Deutschland in Prozent

Quelle: Eigene Berechnungen.

Methodik

Ziel der Analyse ist es, für fünf Handlungsfelder (Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Innovation, Bürokratie und Regulierung, Investitionen) konsistente Größenordnungen möglicher Produktivitätsgewinne abzuleiten.

Für jedes Handlungsfeld wird ein in der Literatur etablierter, international vergleichbarer und für Deutschland beobachtbarer Indikator gewählt (z. B. IKT-Kapital/IKT-Investitionen, KI-Nutzungsmaße, private FuE-Ausgaben, Bürokratieindizes, öffentlicher Kapitalstock).

Für jeden dieser Indikatoren werden empirische Studien identifiziert, die Produktivitätseffekte quantifizieren. Priorisiert werden – soweit verfügbar – Arbeiten, die nicht älter als 10 Jahre sind und einen Deutschlandbezug haben; ergänzend werden internationale Panelanalysen und Meta-Studien herangezogen. Wo möglich werden die Effekte als Elastizitäten übernommen, also als prozentuale Veränderung der Produktivität bei einer prozentualen Veränderung des Hebels. Fehlen belastbare Elastizitäten (insbesondere bei KI), werden modellbasierte Wirkungsgrößen aus der einschlägigen Literatur als Referenz verwendet.

Für jedes Handlungsfeld wird ein internationales Vergleichs- beziehungsweise Best-Practice-Niveau als Zielgröße festgelegt. Auf Basis von Referenzwerten und Benchmarks werden Produktivitätseffekte in zwei Horizonten abgeleitet:

- **Kurzfristiges Szenario (einjähriger Horizont):** Deutschland erhöht die Dynamik des jeweiligen Indikators (Wachstumsrate) auf ein plausibles Referenzniveau eines Vergleichslandes innerhalb eines Jahres. Dieses Szenario bildet ab, was bei beschleunigter Umsetzung kurzfristig erreichbar sein kann.
- **Langfristiges Szenario (mehrjähriger Horizont):** Deutschland hebt das Niveau des Indikators schrittweise über mehrere Jahre auf ein internationales Benchmark an. Dieses Szenario entspricht einem strukturellen Aufholprozess.

Die Benchmarks werden aus internationalen Rangfolgen und Best-Practice-Ländern abgeleitet und in den jeweiligen Kapiteln begründet.

Einordnung

Die Ergebnisse sind als Größenordnungen zu interpretieren. Produktivitätseffekte treten häufig mit Verzögerung auf, können bei hohen Investitionsniveaus abnehmende Grenzerträge aufweisen und sind aufgrund von Überschneidungen zwischen Handlungsfeldern nicht additiv.

Literatur:

Über die Autoren

Dr. Henry Goecke ist Geschäftsführer der IW Consult. In seinen Forschungsarbeiten befasst er sich mit Methoden zur Sammlung und Analyse großer, unstrukturierter Datensätze sowie inhaltlich vor allem mit den Themen der Digitalisierung, der Künstlichen Intelligenz sowie mit Branchenanalysen.

„Die Analyse zeigt: Produktivität lässt sich gestalten. Entscheidend ist ein konsistentes Reformpaket, das private Investitionen auslöst und skaliert."

Prof. Dr. Michael Grömling ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Internationalen Hochschule (IU) und leitet die Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur beim Institut der deutschen Wirtschaft. Zu seinen Forschungsthemen zählen Konjunktur, Strukturwandel und langfristige wirtschaftliche Entwicklung sowie Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Wohlstandsanalyse.

„Produktivität ist der zentrale Wohlstandsmotor – und genau dieser Motor stottert in Deutschland seit Jahren. Ohne neue Dynamik wird der finanzielle Spielraum zur Bewältigung der digitalen und ökologischen Transformation kleiner."

Christian Kestermann ist Senior Consultant Data Science bei der IW Consult. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den produktivitätsrelevanten Effekten der Digitalisierung und des KI-Einsatzes in Unternehmen. Methodisch verbindet er mikroökonomische Analysen mit ökonometrischen Modellansätzen, um Wirkzusammenhänge empirisch zu quantifizieren und für den deutschen Kontext einzuordnen.

„Bürokratie ist nicht nur ein Kostenfaktor. Sie bindet Arbeitszeit und Kapital, die für Wachstum und Innovation fehlen. Entlastung wirkt deshalb wie ein unmittelbarer Produktivitätsschub."

Dr. Marco Trenz ist Consultant bei der IW Consult. In seinen Projekten befasst er sich unter anderem mit datengetriebenen Analysen zu Wertschöpfungsketten und Transformationsprozessen. Methodisch liegt sein Schwerpunkt auf der empirischen Auswertung von Unternehmens- und Befragungsdaten, um wirtschaftliche Abhängigkeiten und produktivitätsrelevante Wirkmechanismen zu quantifizieren.

„Für die langfristige Produktivitätsentwicklung sind Digitalisierung, KI und Innovation zentrale Treiber. Entscheidend ist ihre dauerhafte Diffusion und Skalierung in der Breite der Wirtschaft."

Über die Stiftung Familienunternehmen

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** ist der bedeutendste Förderer wissenschaftlicher Forschung zum Thema Familienunternehmen. Sie ist Ansprechpartner für Politik und Medien in wirtschaftspolitischen, rechtlichen und steuerlichen Fragestellungen. Die 2002 gegründete Stiftung wird mittlerweile getragen von über 600 Firmen aus dem Kreis der größeren deutschen Familienunternehmen.

Impressum:

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.)

Prinzregentenstraße 50
80538 München

Telefon: +49 (0) 89 / 12 76 400 02
E-Mail: info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Preis: 19,90 €
ISBN: 978-3-948850-85-2

© Stiftung Familienunternehmen, München 2026